

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 24 – Stand der Genehmigungsverfahren für Regional- und Gemeinschaftsschulen

Dazu sagt der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Karl-Martin Hentschel:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 504.07 / 12.12.2007

Ein Damm ist gebrochen – aber die Landesregierung lässt die Schulen im Stich

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren,

mit der Einführung der Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein ist ein Damm gebrochen. Bei Elternbefragungen votieren diese fast überall im Land mit großer Mehrheit für die Gemeinschaftsschule. Nur in Schönkirchen, wo seltsamerweise nur 20 Prozent der Eltern antworteten, gab es eine knappe Mehrheit für die Regionalschule.

Dementsprechend wurden auch weit mehr Gemeinschaftsschulen als Regionalschulen angemeldet. Und meist beruht die Entscheidung für eine Regionalschule auch nicht aus Begeisterung, sondern weil die Schülerzahlen für eine Gemeinschaftsschule nicht ausreichen.

Auch die ständige Behauptung der CDU-Fraktion, dass die Regionalschule dazu da sei, die Versorgung im ländlichen Raum zu sichern, wird durch die reale Entwicklung konterkariert. Tatsächlich liegen fast zwei Drittel der Regionalschulen nicht im ländlichen Raum sondern in Zentralorten mit einem Gymnasium.

Damit versuchen CDU-Mehrheiten, entgegen dem Schulgesetz das dreigliedrige Schulsystem zu retten. Die ehemalige Realschule wird dann Gemeinschaftsschule, die Hauptschule wird Regionalschule.

Im ländlichen Raum haben sich dagegen von 48 ländlichen Orten und Ämtern ohne Gymnasium 33 – das sind 69 Prozent - für eine Gemeinschaftsschule entschieden – meist auf massiven Druck von Eltern und LehrerInnen. Die Schule des ländlichen Raumes wird also - aller Ideologie zum Trotz - die Gemeinschaftsschule.

1/2

Spricht man nun aber mit den LehrerInnen und Eltern, die mit großem Engagement an ihrer neuen Schule arbeiten, dann bekommt man ein erschreckendes Bild: Die Eltern und LehrerInnen fühlen sich von der Regierung und dem Landtag im Stich gelassen.

Das fängt damit an, dass für die neue Schulart kaum geeignete Weiterbildung angeboten wird. Jede Schule muss sich mühsam die Konzepte für binnendifferenzierenden Unterricht selbst erarbeiten.

Als besonders schlimm wird empfunden, dass das Schulgesetz eine Schulleiterwahl in einer neuen Gemeinschaftsschule nicht zulässt. Gerade in der Aufbauphase ist es aber eine Katastrophe, wenn neue Schulen SchulleiterInnen bekommen, die das neue Konzept mehr oder weniger offen ablehnen.

Völlig absurd ist aber die Benachteiligung der Gemeinschafts- und der Regionalschulen gegenüber den Gymnasien: Sie sind durchweg schlechter ausgestattet.

Welchen Grund gibt es bitte schön dafür, dass die LehrerInnen an Gemeinschaftsschulen schlechter bezahlt werden, dass sie weniger Aufstiegschancen haben, dass sie mehr arbeiten müssen? Warum bekommen die Gymnasien mit dem Übergang zu G8 auch noch vier Stunden mehr Unterricht und damit über 10 Prozent mehr Lehrerstunden pro SchülerIn.

Nicht akzeptabel ist auch, dass die meisten Gemeinschaftsschulen keine Oberstufe bekommen. Die SchülerInnen dieser Schulen müssen dann sowieso die Schule wechseln. Da wäre es kein Problem, wenn mehrere Schulen – Gymnasien und Gemeinschaftsschulen – jeweils ein gemeinsames Oberstufenzentrum bekommen. So was spielt für die Schulentscheidung der Eltern eine wichtige Rolle.

Und last not least: Die gesamte Lehrerbildung muss endlich umgestellt werden – auf das neue Schulsystem, mehr Pädagogik und Psychologie, mehr Praxis und Didaktik.

Meine Damen und Herren,
wer im Lande herum fährt stellt fest: Die Begeisterung von Eltern und LehrerInnen für das neue Schulsystem ist geradezu beflügelnd. Aber überall fühlen sie sich von der Regierung im Stich gelassen.

Herr Ministerpräsident,
Sie haben es möglich gemacht, dass die Türen für die neue Schule geöffnet wurden. Das war mutig. Aber jetzt sorgen Sie dafür, dass Ihre ParteifreundInnen aufhören, den engagierten Eltern und LehrerInnen Knüppel zwischen die Beine werfen. Lassen Sie sich nicht zum Hampelmann machen!

Machen Sie den Weg frei, für eine Schulgesetznovelle, die akzeptable Rahmenbedingungen schafft.
